

Kleine Anfrage

**des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

Sicherung des Einsatzes der Investitionszulagen zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen

Der Bundesrechnungshof hat in seiner Unterrichtung an den Deutschen Bundestag (Drucksache 12/5650) festgestellt, „daß Sonderprüfungen regelmäßig zu einer erheblichen Herabsetzung der beantragten Investitionszulage führten. Die Minderung in den Finanzämtern betrug zwischen 20 v. H. und 43 v. H. der Zulagen“.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Ursachen liegen der versuchten Erlangung ungerechtfertigter Investitionszulagen zugrunde?
2. Wie wird gesichert, daß mit den Investitionszulagen Subventionsbetrug verhindert und ein größtmöglicher Arbeitsplatzeffekt mit der Investitionszulage erreicht wird?

Bonn, den 1. Oktober 1993

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333